

Bei der Firma Portcullis und bei der Firma Commonwealth Trust Limited hat sich ein gewaltiges Datenleck aufgetan. Rund 2,5 Millionen Dokumente über Steueroasen in aller Welt haben anonyme Informanten aus den Datenbeständen dieser zwei Unternehmen kopiert und einem Konsortium von Journalisten in aller Welt zugespielt. Durch die 2,5 Millionen entwendeten Dokumente - der größte Teil sind E-Mails - führt eine Datenspur in rund 170 Länder, zu etwa 120'000 Briefkastenfirmen und zu gut 130'000 Personen, die ihr Geld in Steueroasen geparkt haben. Die Korrespondenz umfasst einen Zeitraum von fast 30 Jahren.

Laut einer Studie der britischen Nichtregierungsorganisation Tax Justice Network waren 2012 zwischen 21 und 32 Billionen Dollar in Steueroasen gelagert. Zwar wird nur ein Teil davon mit illegalen Tricks vor dem Fiskus versteckt. Doch die Enthüllungen der internationalen Presse, Offshore-Leaks genannt, offenbaren nun tiefe Einblicke in diese Schattenwelt. Ausgehend von den Firmen Portcullis und Commonwealth lässt sich so umfassend wie nie zuvor rekonstruieren, wie das System der Steuervermeidung funktioniert (Angaben von Spiegel-Online-Wirtschaft).

Die Frage ist nun, inwiefern der Kanton Basel-Stadt betroffen ist. Deshalb stelle ich dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Ist der Regierungsrat im Besitz der entsprechenden Dokumente?
2. Entgingen dem Kanton Basel-Stadt in diesem Zusammenhang Steuern?
3. Ist die Basler Kantonalbank mit Sitz in Basel-Stadt und einer Deflitzgarantie des Kantons in irgendeiner Weise betroffen und/oder beteiligt?
4. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Tatsache, dass einfache Steuerzahler über jeden Franken abrechnen müssen, während hier in grossem Stile Steuerhinterziehung und Steuervermeidung begangen werden?

Daniel Goepfert